

# Inhaltsverzeichnis

Vorwort .....	11
---------------	----

## **Teil I. Ein hoffnungsvoller deutscher Jüngling – Aufwachsen und Studieren 1945–1963**

Einleitung: Deutschland 1945 .....	13
------------------------------------	----

1	Aufwachsen .....	16
1.1	Eine preußisch-sozialdemokratische Volksschullehrerfamilie .....	16
1.1.1	„Auf der Lüneburger Heide ...“ – Über familiäre Milieus .....	16
1.1.2	„Üb immer Treu und Redlichkeit!“ – Über Weltanschauungen und Tugenden .....	28
1.2	Ein niedersächsisches kleinstädtisches Gymnasium .....	39
1.2.1	„Curriculum, Curriculum macht die kleinen Kinder dumm“ – Über die Schule .....	39
1.2.2	„Was bildet den Menschen?“ – „Alles!“ – Über Bildung .....	53
2	Studieren .....	71
2.1	Alma Mater Studiorum .....	71
2.1.1	„Ius est ars aequi et boni“ – Über mein Jurastudium .....	71
2.1.2	Die gute alte deutsche Universität – Über die Universität als solche .....	80
2.1.3	„Gaudeamus igitur – iuvenes dum sumus“ – Über studentische Milieus .....	89
2.1.4	„Politisches Interesse groß – politische Beteiligung klein“ – Über politische Enthaltbarkeit .....	100
2.2	Die Lust zum Gesetz – Über das Erlernen des juristischen Handwerks .....	107
2.2.1	Das Leben als Klausurfall .....	109
2.2.2	Juristische Geschichten, die das Leben schrieb .....	114
2.2.3	Von der gesellschaftlichen Relevanz der Dogmatik .....	118

**Teil II. Zwei Schritte vor, einen Schritt zurück –  
Reformpolitiken 1963–1989**

Einleitung: West-Berlin 1965 .....	124
1 „Mit uns zieht die Neue Zeit!“ – Bildungsreformen durch Wissenschaft .....	129
1.1 „Ja, mach nur einen Plan, sei nur ein großes Licht!“ – Wissenschaft und Politik .....	130
1.1.1 Der Deutsche Ausschuss für das Erziehungs- und Bildungswesen (1963–1965) .....	130
1.1.2 Das Max-Planck-Institut für Bildungsforschung (1965–1979) .....	137
1.1.3 Der Deutsche Bildungsrat I (1965–1970) .....	144
1.1.4 Die Regierung Brandt-Scheel (1969) .....	146
1.1.5 Die Projektgruppe Curriculumentwicklung (1971–1972) .....	149
1.1.6 Der Deutsche Bildungsrat II (1970–1975) .....	152
1.2 „Alles, was Recht ist“ – Bildungsrecht und Bildungsverwaltung .....	156
1.2.1 Bildungsverfassungsrecht .....	156
1.2.2 Der Deutsche Juristentag 1976 .....	160
1.2.3 Schulaufsicht und Schule .....	162
1.3 „Unter den Talaren Muff von tausend Jahren“ – Über den akademischen Aktivismus .....	166
1.3.1 Referendar bei Horst Mahler .....	167
1.3.2 Der 2. Juni 1967 .....	169
1.3.3 Das Institut für Bildungsforschung und die Studentenbewegung .....	171
1.3.4 Die Juristische Fakultät und die Studentenbewegung .....	173
1.3.5 Die Bewegung der Studentenbewegung .....	174
1.3.6 „Ja, was wollt Ihr denn nun eigentlich?“ .....	176
1.3.7 Eintritt in die SPD .....	180
Exkurs: Das Referendariat und das Zweite Staatsexamen .....	183
2 „Stadt Hamburg an der Elbe Auen, wie bist du stattlich anzuschauen!“ – Die Reform der Juristenausbildung .....	188
2.1 „Vorspiel auf dem Theater“ – Am Fachbereich Rechtswissenschaft der Freien Universität Berlin .....	189
2.2 „Es braust ein Ruf wie Donnerhall“ – Der Ruf an die Universität Hamburg .....	193

2.3	„Reformen am offenen Herzen“ .....	197
2.4	„Publish or perish!“ .....	211
2.5	Ein kleiner Ausflug in die Politik .....	215
2.6	Hamburg, das Tor zur Welt .....	217

### **Teil III. Jugend- und Bildungspolitik in Zeiten der Wiedervereinigung und der Globalisierung (1989–2019)**

	Einleitung: Deutschland 1989 .....	230
1	„Nach Ostland wollen wir reiten“ – Bildungspolitische Spaziergänge im Osten nach 1989 .....	239
1.1	Berlin-(Ost) – Baurecht .....	241
1.2	Mecklenburg-Vorpommern – West-Recht .....	243
1.3	Brandenburg – Lebensgestaltung, Ethik, Religionskunde (LER) .....	244
1.4	Sachsen – Im Zisterzienserinnen-Kloster .....	246
1.5	Thüringen – Eine Wiederbelebung des „Mythos Wickersdorf“? .....	248
1.6	Sachsen-Anhalt – Die Francke’schen Stiftungen in Halle .....	250
2	„Join the Navy and See the World!“ – The European Educational Law and Policy Association (ELA) .....	253
3	Die angewandte Aufklärung – Zehn Jahre Deutsches Jugendinstitut (1993–2003) .....	256
3.1	„Wir sind doch alle drei Juristen; wir werden uns schon verstehen“ .....	256
3.2	Das Deutsche Jugendinstitut – Die Einsamkeit der Macht .....	262
3.2.1	Leitung .....	262
3.2.2	Insignien der Macht .....	263
3.2.3	Zeichen der Kollegialität .....	264
3.2.4	Vertrauen .....	265
3.2.5	Gremien .....	266
3.3	Forschung am Deutschen Jugendinstitut – Big is not necessarily beautiful .....	268
3.3.1	Relevanz .....	269
3.3.2	Wissenschaftliche Begleitung .....	271
3.3.3	Reformen .....	272
3.3.4	Dauerbeobachtung .....	274

3.3.5	Surveys .....	275
3.4	Wissenschaft und Politik – Ein Geschäft auf Gegenseitigkeit .....	276
3.4.1	Transparenz und Vertrauen – Nur keinen Ärger in der Öffentlichkeit .....	276
3.4.2	Wissen als Voraussetzung der politischen Steuerung .....	279
3.4.3	Politikberatung – eine Alibifunktion? .....	281
3.4.4	Politische Konsensbildung .....	283
3.5	Wissenschaftliche Kooperation mit Universitäten – Privilegierte Partnerschaften? .....	284
3.6	Reden und Schreiben .....	289
3.6.1	Die Repräsentation des Deutschen Jugendinstituts in der Öffentlichkeit .....	289
3.6.2	Rekonstruktionsversuche von Bildungsrecht und Bildungspolitik .....	293
3.6.3	„Nachrufe“ zu Lebzeiten .....	295
4	Zivilgesellschaftliche Institutionen .....	298
4.1	Der Wissenschaftliche Beirat für Familienfragen .....	298
4.2	Die Deutsche Kinder- und Jugendstiftung .....	300
4.3	Die Stiftung Brandenburger Tor .....	301
4.4	Die Freudenbergstiftung .....	303
4.5	Schulen und Universitäten als zivilgesellschaftliche Institutionen? .....	304
5	Der „PISA-Schock“ – „Außer Spesen nichts gewesen“? .....	306
5.1	„PISA“ als bildungspolitisches Ereignis .....	306
5.1.1	Der „Schock“ im Jahre 2001 .....	306
5.1.2	Die Folgen des „PISA-Schocks“ .....	308
5.2	„PISA“ als juristisches Problem .....	311
5.3	„Nachpisanische“ bildungspolitische Spaziergänge .....	314
5.3.1	„Der Mantel der Geschichte weht“ – Der sächsische Beraterkreis .....	315
5.3.2	Spargel in Schwetzingen – Der baden-württembergische Bildungsrat .....	318
5.3.3	„Das ist die Berliner Luft, Luft, Luft.“ – Das Board des Modellvorhabens eigenverantwortliche Schule .....	321
5.3.4	„Wenn das Wasser im Rhein gold’ner Wein wär“ – Die Enquetekommission „Chancen für Kinder“ in Nordrhein-Westfalen .....	326

6	Nachtrag: Jenseits von PISA .....	333
6.1	Gesellschaftliche Probleme, zu deren Lösung die Schule beitragen kann .....	334
6.1.1	Die Inklusion behinderter Menschen .....	334
6.1.2	Die Integration von Einwanderern und Flüchtlingen .....	338
6.1.2.1	Die Einwanderer .....	340
6.1.2.2	Die Flüchtlinge .....	344
6.1.3	Die Schule in Zeiten von Pandemien .....	346
6.1.3.1	Corona 2020 .....	346
6.1.3.2	Die pandemische Gesellschaft – eine Utopie? .....	348
6.1.3.3	Das „Prinzip Schule“ als Problem einer pandemischen Gesellschaft .....	349
6.1.3.4	Die Entschulung in der pandemischen Gesellschaft .....	350
6.1.3.5	Die Notwendigkeit institutionalisierter Lernorte .....	352
6.1.3.6	Schule in einer pandemischen Gesellschaft .....	353
6.2	Gesellschaftliche Probleme, deren Lösung die Schule überfordert .....	354
6.2.1	Die Digitalisierung der Kommunikation und die mediale Sozialisation .....	355
6.2.2	Die Bedrohung des gesellschaftlichen Zusammenhalts durch Radikalität und Anomie .....	362
6.2.3	Die Bedrohung des politischen Systems durch Identifikationsverluste .....	367

## Vorwort

Kann nur ein Bildungspolitiker, das heißt jemand, der selber Bildungspolitik gemacht hat, eine bildungspolitische Autobiographie schreiben? Ich war nie Bildungspolitiker und ich habe es dennoch versucht, weil die Bildungspolitik mein Leben bestimmt hat und weil ich deshalb von meiner (west)deutschen Bildungsrepublik spreche. Ich beschreibe zunächst meine eigene Bildung und es ist banal, zu sagen, dass sie durch die Bildungspolitik der Zeit bestimmt war. Ich berichte über Institutionen der Bildungsforschung und Bildungspolitikberatung, in denen ich als Jurist gearbeitet habe. Die Juristenausbildung, in der ich tätig war, sollte einen neuen Juristen bilden. In der politiknahen Kinder- und Jugendforschung, der ich mich gewidmet habe, ging es darum, die Lebensbedingungen aller Kinder und Jugendlichen zu verbessern, eine Voraussetzung aller Bildung. Und schließlich habe ich als politischer Mensch und als Jurist sehr viel über Bildungspolitik geschrieben, habe im Inland und im Ausland Politiker und Verwaltungsbeamte beraten und bin sehr viel gereist, – und Reisen bildet bekanntlich. Vielleicht habe ich dann doch ein wenig Bildungspolitik gemacht.

Dieser bildungspolitischen Autobiographie liegen meine Erinnerungen zugrunde. Andere Menschen haben andere Erinnerungen an die Ereignisse und Entwicklungen, die ich beschreibe und viele bewerten sie anders als ich. Es geht in diesem Buch um meine Wahrheit. Es ist kein wissenschaftliches Buch. Andere Menschen mögen andere Wahrheiten haben. Ich habe mich dazu entschlossen, die meisten Menschen, über die ich etwas schreibe, mit ihrem wirklichen Namen zu nennen und nur diejenigen zu anonymisieren, über die ich etwas Unschönes erzähle. Den Menschen, die mir begegnet sind, mit denen ich zusammengearbeitet habe und die ich in diesem Buch nenne und beschreibe, möchte ich danken, denn sie haben mir geholfen, bildungspolitisch zu denken und zu handeln. Ich widme dieses Buch meiner Frau, weil ich nur durch sie und mit ihr diesen Weg gehen konnte.

Meine bildungspolitische Autobiographie endet scheinbar mit PISA und den Folgen. Einem solchen Eindruck wollte ich entgegentreten und habe deshalb in einem Nachtrag meine Einschätzungen zu den zur Zeit wichtigen bildungspolitischen Problemen niedergeschrieben, zur Inklusion von behinderten Menschen, zur Integration von Einwanderern und Flüchtlingen sowie zum Überleben in einer „pandemischen Gesellschaft“, weil ich davon ausgehe, dass wir diese Probleme durch Bildung bewältigen werden. Ich äußere mich aber auch zu gegenwärtigen Herausforderungen, durch die das Bildungswesen überfordert ist, nämlich zur Digitalisierung von Information

und Kommunikation, und zur Belastung der Gesellschaft durch radikale und anome Einstellungen und Verhaltensweisen sowie durch die Legitimationschwäche des politischen Systems.

# Teil I. Ein hoffnungsvoller deutscher Jüngling – Aufwachsen und Studieren 1945–1963

## Einleitung: Deutschland 1945

Auferstanden aus Ruinen und der Zukunft zugewandt, lass uns dir zum Guten dienen, Deutschland, einig Vaterland.

↳ Nationalhymne der DDR, Text Johannes R. Becher, Musik Hanns Eisler, 1949

Das Deutsche Reich hatte im Jahre 1939 rd. 80 Millionen Einwohner. Die Zahl der Kriegstoten belief sich insgesamt auf 3,2 Millionen Soldaten und 3,6 Millionen Zivilisten. Es gab im Jahre 1945 rd. 1,5 Millionen Kriegsversehrte. Die Flucht oder Vertreibung aus den ehemaligen deutschen Ostgebieten betraf rd. 10 Millionen Menschen. Die Bombardierung der deutschen Großstädte führte durch Evakuierung und Tod zu großen Bevölkerungsverlusten. So hatte Köln z. B. im Jahre 1939 750.000 Einwohner, im Jahre 1945 aber nur noch 40.000. In den vier Besatzungszonen lebten im Jahre 1946 nur noch rd. 65 Millionen Menschen. Der Zweite Weltkrieg führte in Deutschland jedoch nicht nur zu großen Bevölkerungsverlusten, sondern durch Flucht und Evakuierung, Umsiedlung und Neuansiedlung auch zu großen Bevölkerungsverschiebungen, sodass die Bevölkerungsstruktur 1945 völlig anders aussah als 1939. Von diesen Verlusten und Verschiebungen waren alle Menschen betroffen, alle Familien, alle Nachbarschaften und alle Gemeinschaften.

Insbesondere in den Großstädten und den Mittelstädten, die die Flächenbombardierungen durch die Alliierten besonders betroffen hatten, waren die Wohnungen und Fabriken weitgehend zerbombt, während die Kleinstädte und Dörfer weniger oder gar nicht betroffen waren, es sei denn, es hatten sich dort Kriegsbetriebe befunden. Im Jahre 1945 waren jedenfalls 1,8 Millionen Wohnungen gänzlich unbrauchbar und 3,6 Millionen Wohnungen beschädigt. Zerstörung und Beschädigung betrafen rd. 20 Millionen Menschen, d. h. rd. 25 % der Bevölkerung. Auch rd. 25 % der Industrieanlagen waren zerstört und rd. 50 % der Verkehrswege. Jeder kennt die Bilder der „Ruinenstädte“ Berlin, Hamburg und Dresden, und man fragt sich heute, wie ein Leben in diesen „Geisterstädten“ überhaupt möglich war.



Elend und Hunger in der unmittelbaren Nachkriegszeit lassen sich nicht in Zahlen fassen. Die Kindersterblichkeit war hoch, der Gesundheitszustand vieler Menschen sehr schlecht. Viele Menschen starben an Unterernährung, und zwar insbesondere in dem außerordentlich kalten „Hungerwinter“ 1946/47. Den Angehörigen der Besatzungsmächte war es im ersten Nachkriegsjahr untersagt, Lebensmittel an die deutsche Bevölkerung weiterzugeben, auch nicht Speisereste, und die großzügige Care-Paket-Aktion der USA setzte erst nach einem Jahr ein. Bei Kriegende konnte der tägliche Kalorienbedarf der deutschen Bevölkerung nur zu 40–50 % gedeckt werden, wobei es auch hier zwischen Stadt und Land beträchtliche Unterschiede gab. Es gab den Lastenausgleich, jedoch erst ab 1952. Auch wenn der Lastenausgleich vielleicht der größte Versuch war, Kriegsschäden auszugleichen, den es in der europäischen Geschichte je gegeben hat, so bewirkte er keinesfalls eine soziale Egalisierung. Er beschränkte sich bei den Opfern auf Soforthilfen und langfristige Entschädigungsleistungen, während die Belasteten ihre Verpflichtungen mehr oder weniger aus den Renditen ihres Vermögens und durch die Belastung ihres Grundeigentums bezahlen konnten. Im Jahre 1949 gab es in der amerikanischen und der britischen Zone bereits das Soforthilfegesetz, das in die französische Zone übernommen wurde. Aber vorher? Es ist heute nur sehr schwer vorstellbar, wie die 65 Millionen Menschen im Nachkriegsdeutschland untergebracht, ernährt und versorgt worden sind, insbesondere angesichts von Zerstörung und einer statistisch nicht erfassbaren Arbeitslosigkeit.

Auf allem Elend aber lastete der Zusammenbruch der deutschen gesellschaftlichen und staatlichen Ordnung. Die militärische Niederlage Deutschlands war durch die Besetzung des Landes und die Beseitigung der deutschen Staatsgewalt so offensichtlich, dass niemand sie leugnen konnte. Anders als im Falle des Ersten Weltkrieges war die Kriegsschuldfrage beim Zweiten Weltkrieg eindeutig zu beantworten; dennoch verdrängten viele Menschen die Antwort auf diese Frage oder suchten die Schuld an Krieg und Niederlage bei „den anderen“. Mögen auch viele die These von der Kollektivschuld des deutschen Volkes zurückgewiesen und die später von Theodor Heuss umgedeutete Formulierung „Kollektivscham“ nicht zur Kenntnis genommen oder nicht nachvollzogen haben; eine diffuse Belastung empfanden alle, und zwar auch diejenigen, die die historischen Tatsachen nicht wahrhaben wollten. Das ganze Ausmaß der Verbrechen des „Dritten Reiches“ kannten vermutlich nur wenige, aber irgendetwas wusste jeder, denn es gibt nicht Wissen und Nicht-Wissen, sondern sehr viele Abstufungen des Wissens, und mögen es bei einigen auch nur Ahnungen gewesen sein! Das politische Versagen der deutschen Eliten, die Identifikation der großen Mehrheit des deutschen Volkes mit dem Nationalsozialismus – von Sebastian Haffner in seinen „Anmerkungen zu Hitler“ 1978

so eindrücklich erklärt und von Martin Walser 1998 in seinen Erinnerungen an das Wasserburg der NS-Zeit „Ein springender Brunnen“ so plausibel beschrieben – führten zusammen mit der Führung eines Angriffskrieges, dem Völkermord und den Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu einer Zerstörung der gesellschaftlichen Ordnung und zu einer Zerrüttung der öffentlichen Moral, die in ihrer Bedeutung das materielle Elend bei weitem übertrafen. Dennoch: Viele zerstörte Familien fanden wieder zusammen und die Eltern versorgten und kümmerten sich um ihre Kinder; die Schulen öffneten schon im Sommer 1945 wieder ihre Pforten; die heimkehrenden Soldaten strömten in die Betriebe, Verwaltungen und Universitäten, und deutsche Politiker übernahmen sehr bald wieder politische Verantwortung auf den unteren Ebenen der Verwaltung.

Welche Entwicklung Deutschland nehmen würde, war im Jahre 1945 durchaus offen. Die Gebiete östlich von Oder und Neiße waren abgetrennt und unter polnische Verwaltung gestellt worden. Deutschland war zwar in vier Besatzungszonen und Berlin in vier Sektoren der vier Siegermächte des Zweiten Weltkrieges aufgeteilt; doch es war bis zur Gründung der beiden deutschen Staaten im Jahre 1949 noch ein Land, dessen Teilung und unterschiedliche gesellschaftspolitische Entwicklung keinesfalls ausgemacht war. Nach 1949 führte der „Kalte Krieg“ zwar zur West- bzw. Ostintegration der BRD bzw. der DDR, und es entstand eine kapitalistische Gesellschaftsordnung im Westen und eine sozialistische im Osten; doch erst der Bau der Mauer 1961 verfestigte die Teilung und konsolidierte die unterschiedlichen Gesellschaftsordnungen. Es ist verfehlt, aus dieser Entwicklung zu schließen, dass dies alles bereits im Jahre 1945 so angelegt war. Die „Auferstehung aus Ruinen“ führte zunächst zur Wiederherstellung der traditionellen gesellschaftlichen Strukturen, auch wenn die Besatzungsmächte insbesondere in der Wirtschaftspolitik unterschiedliche Akzente setzten. Die Kinder und Jugendlichen wuchsen in der unmittelbaren Nachkriegszeit jedenfalls noch in traditionellen deutschen Gesellschaftsstrukturen auf, wie der nachfolgende Bericht über das Leben in Westdeutschland zeigt, der allerdings eine zunehmende Prägung durch die Lebensumstände des westlichen gesellschaftlichen und politischen Systems aufweist.

# 1 Aufwachsen

*In der unmittelbaren Nachkriegszeit habe ich als Flüchtlingskind in einem kleinen niedersächsischen Dorf fern der zerstörten Großstädte gut versorgt und wohl behütet gelebt (1.1.1). Meine sozialdemokratischen Lehrereltern vermittelten mir in der jungen Bundesrepublik einerseits die schlichten bürgerlichen Tugenden und andererseits den Willen zum sozialen Aufstieg durch Bildung (1.1.2). Das Curriculum eines kleinstädtischen niedersächsischen Gymnasiums hat mich zwar nicht „dumm gemacht“, mir aber auch nicht mehr als eine normale neusprachlich geprägte Bildung vermittelt (1.2.1); wichtiger wurde die außerschulische Sozialisation (1.2.2)*

## 1.1 Eine preußisch-sozialdemokratische Volksschullehrerfamilie

### 1.1.1 „Auf der Lüneburger Heide ...“ – Über familiäre Milieus

*Aus Hinterpommern*

Ich bin 1938 geboren und in einer preußischen Volksschullehrerfamilie groß geworden. Wir haben bis 1945 in Pollnow gelebt, einer Kleinstadt in Hinterpommern, von 1945 bis 1949 in Gülden, einem kleinen Dorf in Niedersachsen, und von 1949 bis 1957 in Lüchow, einer niedersächsischen Kleinstadt, wo ich 1957 das Abitur machte.

Die Familie meines Vaters stammte aus der Gegend von Neustettin in Hinterpommern, wo mein Großvater einen Bauernhof bewirtschaftete; doch als vierter Sohn von sechs Kindern konnte mein 1893 geborener Vater dort nichts werden und erben. Im Ersten Weltkrieg wurde er Soldat und gegen Ende des Krieges Leutnant, eine Karriere, die Bauernkindern verschlossen war; doch es war Krieg und der ermöglichte auch Unterschichtkindern den Aufstieg ins Offizierscorps. Der Krieg, in dem er verletzt worden war, hatte meinen Vater zum Pazifisten, Atheisten und Sozialisten gemacht. Er trat in eine pazifistische Organisation und in die Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands (USPD) ein, wandte sich aber später den Sozialdemokraten zu. Er ging auf eine sog. Präparandenanstalt in Hinterpommern und danach aufs Lehrerseminar, erhielt seine erste Stelle in Köslin und wurde bald Arbeitsgemeinschaftsleiter für die jungen Lehrer und Lehrerinnen. Dort traf er eine junge Lehrerin, die aus einer westpreußischen Lehrerfamilie stammte, elf Kinder, von denen neun groß wurden. Sie hatte – als zweitjüngste in der Familie – das Lyzeum in Droyßig

in Sachsen und danach das Lehrerinnenseminar in Torgau besucht. In Köslin erhielt sie ihre erste Stelle an einer Hilfsschule in einem evangelischen Stift. Nach einem halben Jahre waren die beiden verheiratet und bekamen bald zwei Kinder, meine beiden älteren Geschwister, Isolde und Ottfried. Meine Vorfahren waren also väterlicherseits pommersche Bauern und mütterlicherseits westpreußische Lehrer.

Mein Vater muss ein politisch engagierter und pädagogisch begabter Lehrer gewesen sein, denn 1932 wurde er Rektor einer sog. Weltanschauungsschule in Köslin in Hinterpommern. Das waren Schulen für die Kinder von Eltern, die weder die christliche öffentliche Gemeinschaftsschule noch eine öffentliche oder private konfessionelle Schule, sondern eine durch die Religion nicht geprägte Volksschule bevorzugten. Die Weimarer Verfassung hatte 1919 solche Schulen vorgesehen; doch die Errichtung von Weltanschauungsschulen war nur sehr zögerlich vorangekommen, sodass 1932 im gesamten Reich nur 0,6 % aller Volksschulen bekenntnisfreie Schulen waren. Es kann deshalb als etwas ganz Besonderes gelten, dass mein Vater 1932 Rektor einer solchen Weltanschauungsschule wurde. Im Jahre 1933 – das von den Nationalsozialisten abgeschlossene Reichskonkordat hatte die Konfessionsschulen gewährleistet – wurde mein Vater als Pazifist, Sozialist und Rektor einer Weltanschauungsschule zwar nicht entlassen, jedoch sofort zwangsversetzt, und zwar als einfacher Lehrer in die Kleinstadt Pollnow bei Köslin. Freunde und Genossen kamen ins KZ und einige, die überlebt hatten, machten später Karriere in der DDR.

Pollnow, diese hinterpommersche Kleinstadt mit ihren 2000–3000 Einwohnern stellte sich jedoch für meine Eltern als gar nicht so schlecht heraus. Es gab 1933 angeblich nur drei Nazis in der Stadt, darunter ein braver Schneidermeister, der zum Bürgermeister avancierte. Das Klima unter den Kollegen meines Vaters an der Volksschule war erträglich. Seen und Wälder, die nahe Ostseeküste, die bäuerliche Verwandtschaft, Wandern im Sommer und Skilaufen im Winter. Meine Eltern begannen mit dem Tennisspiel. 1935 schien das Schlimmste vorbei zu sein. Meine Mutter macht mit einem befreundeten Ehepaar zwei Auslandsreisen, in die Schweiz und nach Paris; mein Vater fährt 1936 nach Berlin zur Olympiade, wo er u. a. eine Ausbildung als Sprachlehrer für Stotterer macht. 1937 war vielleicht das glücklichste Jahr in der Ehe meiner Eltern, und mit Hitler schien es doch nicht so schlimm zu kommen, wie sie befürchtet hatten. Die wenigen jüdischen Familien in Pollnow waren, so hieß es, gleich nach 1933 emigriert, was sich jedoch später als falsch herausstellte. An sich hatten meine Eltern nach 1933 beschlossen, keine weiteren Kinder mehr haben zu wollen, aber wenn es nun doch nicht so schlimm kam, dann – so meinten sie – könnten sie auch noch ein weiteres Kind haben. Ich verdanke also meine Existenz einem politischen Irrtum meiner Eltern. Wenn sie auch nur